IMT Nuremberg Archives

H – 1624

International Court of Justice

H1624 – 0001

Berlin

Haus des N.S.R.B.
Tiergartenstr. 20

IV/3

Mittwoch, den 19. November 1941

10[15] Tagung der Hauptabteilungsleiter und Reichsgruppenwalter des N.S.R.B.

Die Tagung wird durch Reichsminister, Reichsleiter Dr. Frank mit folgender Ansprache eröffnet:

Ich freue mich außerordentlich, meine lieben Kameraden und Kameradinnen, daß wir uns nach geraumer Zeit wieder einmal hier im Hause der deutschen Rechtsfront zusammenfinden. Ich habe mit Absicht eine grössere Zeit der Entwicklung vorüberfließen lassen, vor allem im Hinblick darauf, daß ich durch den mir vom Führer gegebenen Kriegsauftrag im Osten nun wirklich volle 2 Jahre so sehr in Anspruch genommen war, daß es unbillig wäre, nur sozusagen nebenher bei Ihnen vorstellig zu werden. Dieser Kriegsauftrag hat nunmehr Formen angenommen, die es mir als dem Staatschef eines Nebenlandes des Großdeutschen Reiches ermöglichen, mit einer mittlerweile festgefügten Verwaltung und Regierung rechnen zu können. Das hat zur Folge, daß ich mich wieder den Problemen zuwenden kann, denen ich mich in der Durchsetzung der nationalsozialistischen Rechtsidee nach wie vor verbunden halte.

Ich bin besonders glücklich darüber, heute am Schluß der Tagung vor Ihnen einige Ausführungen machen zu können, die vielleicht der Programmatik des nationalsozialistischen Rechtsideals entsprechen werden. Ich möchte Sie aber vorher bitten, uns in diesem Gremium über das Bericht zu erstatten, was Sie im einzelnen geleistet haben, was Sie an Wünschen und Nöten besonders bewegt. Ich freue mich vor allem, daß ich Sie alle wieder begrüßen kann, und möchte annehmen, daß dieser heutige Tag den Wiederbeginn einer möglichst eindrucksvollen Fortsetzung der Rechtsarbeit darstellt.

H1624 – 0002

2

19.11.1941

Einer fehlt in unserem Kreise, der Pg. Schneider, zu dessen Ehrung wir uns erheben. - Er ist wie viele Tausende für den Führer gefallen. Sein Andenken wird in unserer Gemeinschaft niemals untergehen.

Am Schluß der Tagung ergreift Reichsminister, Reichsleiter Dr. Frank das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich bin allen Beteiligten für den Einblick außerordentlich dankbar, den sie mir und den wir uns gegenseitig gegeben haben. Ich glaube, es ist ein schönes Zeichen für die Fruchtbarkeit und Nichthemmbarkeit der Entwicklung unserer Rechtsidee im nationalsozialistischen Sinne, daß wir mitten in dem größten Kriege aller Zeiten unter den wuchtigsten weltgeschichtlichen Ereignissen doch in Ruhe feststellen können: Die Arbeit wird nicht etwa nur vorwärts geführt, um sie überhaupt weiterzuleiten, sondern sie entwickelt sich - man möchte fast sagen - friedensmäßig im geordneten Wege weiter, sie steigert sich in ihren Erträgen und ist in der Wucht ihres Einsatzes ein Sammelbecken regster ideeller Bewußtheit, sie wirbt darüber hinaus zunehmend für die Rechtsidee und damit für die Reichsidee.

Ich glaube, daß damit nun eigentlich der N.S.R.B., als Sammelorganisation origineller Art des gesammten Rechtslebens in ständischer Beziehung seine Existenzberechtigung schon längst bewiesen, daß er sich aber durch dieses sichere autarke Beharrenkönnen in seiner Entwicklungslinie für alle Zukunft bewährt hat. Denn nunmehr ist ja für uns eine Fülle von Problemen gelöst, mit denen wir immer noch zu rechnen hatten.

Wenn ich mich erinnere, daß im Jahre 1926 die ersten Versuche der beginnenden Organisation unternommen wurden, deren es bedurfte, um ein erstes organisatorisches Sammelbecken für jene zu haben, die unter den Juristen sich für die Idee Adolf Hitlers,

H1624 – 0003

3

19.11.1941

seiner Bewegung und seiner Bewegungsmitglieder geeignet zeigten, so kann ich sagen: heute ist aus diesem Anfang ein einzigartiges Machtgebilde der Rechtsidee geworden. Wir haben dabei die Stimme des Volkes für uns; wir haben die Rechtsseele unseres nationalen, unseres rassisch-germanischen Empfindens für uns. Wir brauchen nicht die große Werbetrommel zu schlagen. Wir brauchen, um für die Durchsetzung dieses Rechtsideales zu werben, nicht mit irgendwelchen Gewaltmitteln hervorzutreten. Das kommt aus der Not der Zeit ebenso wie aus der Not des deutschen Gemeinschaftslebens in rechtlicher Beziehung. Denn das herbe Produkt der notwendigen Zusammenballung aller Energien in Vorbereitung dieses doch berechenbaren Kriegsausbruchs 1939 ist nun leider eine überstarke Betonung der Gewaltinstrumente des Reiches gegenüber den Rechtsinstrumenten.

Das will sagen, daß es nach der Meinung des Führers notwendig war, daß in großem Umfange an die Stelle der Rechtssicherheit von früher die Staatssicherheit als Ziel getreten ist. Man sagte: jetzt kommt es mir nicht darauf an, mit welchen Mitteln ich diese Staatssicherheit in jedem Fall erziele, ich will nur eine weit über das Normalmaß hinausgehende Sicherheit haben, damit nunmehr in diesem schicksalhaften Ringen mit den Todfeinden des deutschen Volkes unter allen Umständen die Autorität der Reichsführung aufrecht erhalten wird. Daher mußten wir es hinnehmen, daß durch die Einrichtung verschiedener polizeilicher Zuständigkeiten in das Rechtsleben des Deutschen Volkes eine kaum erträgliche Unsicherheit eingedrungen ist. Immer wieder ist es für uns die letzte Frage - und unsere Pflicht ist es, sie immer wieder zu stellen und sich in ihrem Sinne zu betätigen -, daß Autorität nicht mit Gewalt, daß Gewalt wiederum nicht mit Macht verwechselt werden darf. Wir haben uns nun in all' diesen Jahren systematisch bemüht, klar zu legen, daß unsere Anschauung von der autoritären Reichsführung, nämlich als derjenigen, die es dem Einzelnen immer noch ermöglicht, in jedem Fall, in welchem er sich ungerecht behandelt fühlt, sein Recht bei einem unabhängigen Richter

H1624 – 0004

zu finden, genau so nationalsozialistisch ist wie die Methode der Gewalt. Wir müssen uns davor hüten, etwa zu glauben, daß wir eine Art Fremdkörper in der nationalsozialistischen Staatsauffassung wären, wenn wir in dieser Linie unsere Idee weiterentwickeln.

Ich bin sehr glücklich, daß der Führer jetzt verschiedentlich von der Rückkehr zum Parteiprogramm und von der weiteren Durchführung des Parteiprogramms gesprochen hat. Der Punkt 19 des Parteiprogramms enthält sehr vieles und ungeheuer Wichtiges. Er ist die große Karte, auf die ich ja auch meinen eigenen Rechtskampf gestellt habe. Dieses Wort vom deutschen Gemeinrecht leuchtet über unserer Arbeit. Es bedeutet, daß der, der nicht selbst nachweisbar Unrecht tut, auch von der Staatsführung und ihren Organen Unrecht nicht erfahren soll. Es bedeutet, daß man unter allen Umständen eine unabhängige Rechtspflege aufrecht zu erhalten hat. Es bedeutet weiter, daß der Richter des deutschen Staates in jedem Fall eine von allen Stellen des Reiches und der Partei unangefochtene eigene Position in unserer Gemeinschaft mit höchster Autorität auszufüllen hat. Es bedeutet endlich, daß auf keinen Fall ein polizeiliches Willkürregiment, ein massenweises Verschwindenlassen von irgendwelchen Opponenten aus irgendwelchen Gründen in den Konzentrationslagern an die Stelle einer Rechtsfindung im Kultursinne treten darf.

Das ist der Inhalt des Punktes 19 des Parteiprogrammes; ihm hat der Rechtskampf zu dienen. Wohl uns, daß es Nationalsozialisten sind, die diese heilige Idee, die mit zu den tiefsten Offenbarungen des germanischen Geistes gehört, vertreten! Wehe uns, wenn in absehbarem Jahrzehnten bei Fortführung einer irgendwie in dieser Richtung liegenden Entwicklung weiterer Verkümmerung des allgemeinen Rechts dann nicht mehr aus der Bewegung der NSDAP., sondern aus einer völlig neuartigen und nicht mehr kontrollierbaren Massenbewegung die Opposition gegen den Staat käme.

H1624 – 0005

5

19.11.1941

Daher ist es eine sehr ernste Aufgabe, die wir uns gestellt haben, und wir müssen immer betonen, daß sie nur mit Mut und absoluter Einsatzbereitschaft erfüllt werden kann. Ich sehe mit größter Aufmerksamkeit diese Entwicklung; ich verfolge jede Strömung im gegenrechtlichen Sinne. Ich kenne wie Sie alle aus der Geschichte zu sehr die Versuche, deshalb, weil man Waffen hat, mit denen man schießen kann, deshalb, weil man irgendwelche Vollmachten hat, auf Grund deren man verhaftete Menschen verschwinden lassen kann, sich eine weitreichende Macht in den allgemeinen Zuständen mehr und mehr anzueignen. Da meine ich vor allem die Versuche, die nun nicht etwa nur von der SS, vom S.D. und von der Polizei-Zentrale allein ausgehen, sondern die Versuche vieler anderer Dienststellen des Staates und des Reiches, sich von der allgemeinen Rechtsübung zu befreien. Wir haben es ja heute gehört, daß das Reichsfinanzministerium beginnt, einen Steuerberatertyp durchzudrücken, der die letzte Instanz sozusagen des Hineinragens einer allgemeinen rechtlichen Betrachtung ähnlicher Vorgänge völlig ausschalten soll. Beim Reichsnährstand, bei den Ministerien, bei der Polizei, bei der Partei, bei unendlich vielen anderen Stellen ist ganz allgemein die Tendenz die: man will in eigner Person und in eigner Sache Gesetzgeber, Chef der Verwaltung und oberster Richter sein. Wir erleben jetzt eine Entwicklung, die dahin führt, daß wir wohl nach außen fiktiv das einheitliche Reich haben, aber innerhalb dieses Reiches an die Stelle der früheren territorialen Zersplitterung nun eine völlige institutionelle Zersplitterung tritt. Diese Entwicklung wird dahin führen, daß der Begriff des Rechtes selbstverständlich auch nicht mehr aus der einheitlichen Quelle der Rechtsbewußtheit, der völkischen oder gar rassischen Rechtsbewußtheit etwa im Sinne der Bewegung gebildet, sondern daß der Rechtsbegriff seinen allgemeinen Charakter verliert und zu einer reinen Nützlichkeitsform herabgewürdigt wird.

Es gilt, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen. Sie kleidet sich in die harmlosesten Formulierungen. Man

H1624 – 0006

sagt vor allem: der Rechtsweg ist in diesem oder jenem Fall ausgeschlossen; es ist allgemeine Übung, daß in diesem Verfahren Rechtsanwälte nicht zugelassen sind. Man braucht auch die andere Formel: In der und der Sache entscheidet das und das Ministerium endgültig. Ein weiterer Versuch ist unlängst gemacht worden in Gestalt des großen Vorstoßes, den die Sicherheitspolizei mit dem Gesetzentwurf über die Gemeinschaftsfeinde gemacht hatte, einem Gesetzentwürf, der die totale Macht des Reichssicherheitshauptamtes hergestellt hätte. Der Gesetzentwurf wurde zwar zunächst nicht weiter behandelt, er soll aber meines Wissens demnächst wieder in Angriff genommen werden. Nach diesem Gesetzentwurf könnte sich ein Gemeinschaftsfeind, zu dem jedermann deklariert werden könnte, bei einer Spruchkammer des Reichssicherheitshauptamtes beschweren, die aus 3 Mitgliedern bestehen soll, von denen einer sogar die Befähigung zur Ausübung eines richterlichen Amtes besitzen muß. Darin sehe ich nun erneut wieder den Versuch einer Tarnung. Man will um keinen Preis der Welt einen ordentlichen Richter in diese Dinge hineinblicken lassen und will unter allen Umständen auch die Gerichtsbarkeit in die eigene Hand bekommen.

Angesichts des Ernstes dieser Situation in der Rechtsentwicklung glaube ich nun allerdings nicht, daß eine solche Aufgabe vom Staat gelöst werden könnte, etwa von einem Ministerium. Denn die innere Lage der ministeriellen Verfassung des Deutschen Reiches ist äußerst beklagenswert. Die Ministerien stehen kaum mehr im notwendigen Kontakt. Kabinettssitzungen finden überhaupt nicht mehr statt. Eine Gemeinschaftsausrichtung über die allernotwendigsten täglichen Dinge gibt es auch nicht mehr. In den Ministerien bilden sich jene eigenen Festungen, die kaum mehr Kontakt zueinander haben und die alle versuchen, möglichst in unmittelbarster Verbindung nach oben zu bleiben. Aus dem Umstande, daß der Führer durch den Krieg an der Front festgehalten wird, ergibt sich die Möglichkeit, daß auf dem Umwege über verschiedene Zwischeninstanzen partei-

H1624 – 0007

politischer oder sonstiger Art Einflüsse spürbar werden, die von den Ministern, die meist keinen persönlichen Kontakt mit dem Führer haben, als Führerentscheidungen betrachtet werden müssen.

Eine Fülle von Zuständigkeiten ist neu gebildet worden, die nun wieder unter dem Druck des Krieges oder behaupteter Kriegsnotwendigkeiten eine Fülle von Zuständigkeiten an sich reißen, so daß der Wirrwarr nicht mehr überbrückt werden kann, und wir eigentlich nicht in einer irgendwie geordneten Verwaltungssphäre leben, sondern in einem Chaos. Daß dabei die einzelnen Ministerien es schwer genug haben, ihren eigenen amtlichen inneren Betrieb aufrecht zu erhalten, ist begreiflich. Daher gebührt allen Parteigenossen, die sich in den Ministerien bemühen, angesichts dieser Schwierigkeiten die Autorität des Amtes aufrechtzuerhalten, auch unsere Anerkennung.

Aber die Hauptaufgabe liegt bei uns, beim Rechtswahrerbund, bei der Führung des Rechtskampfes im ständischen Sinne. Uns ist es gegeben, den Inhalt des Staatshandelns ideell vorzubereiten. Das ist die Aufgabe unserer politischen Bewegung. Wir sind daher auch als Nationalsozialisten verpflichtet, zu bekennen, daß wir, solange wir atmen, in dem N.S.R.B. nicht nur eine ständische, gewerkschaftsartige Gehaltsklassenkampforganisation sehen, sondern eine weit hinreichende, mit welthistorischen Aspekten versehene entschlossene Kampfbewegung zur Durchsetzung des Punktes 19 des Parteiprogramms.

Ich denke gar nicht daran, vor irgend jemandem zurückzuweichen. Ich bin genau so Nationalsozialist wie der andere, genau so Reichsleiter wie der andere, genau so lange, ja vielleicht viel länger in der Bewegung als andere und habe genau so das Vertrauen des Führers wie die anderen. -

Gegenüber diesen Erscheinungen dürfen wir nun nicht etwa müde zusammensinken und nachgeben oder resigniert sagen: dagegen läßt sich doch nichts machen. Nein, wir müssen es sagen: die Berufung und die Aufgabe des Rechtswahrer-

H1624 - 0008

bundes ist es, immer wieder darauf hinzuweisen: ohne Recht ist das Reich nicht existierbar, ohne Recht kann es nicht sein, ohne Recht in jenem Sinne, daß der deutsche Volksgenosse, der recht handelt, auch Recht erfährt und nur der, der unrecht handelt, Unrecht erfährt. Den Schutz der eigenen Ehre, den Schutz von Freiheit und Leben, muß ihm die Gemeinschaft gewähren. Wehe dem Recht, wehe uns, wenn die Willkür siegt, wenn die Gefahr siegt, daß wirklich der Begriff der Macht durch den Wahnsinn der Gewalt abgelöst wird! Ich habe, seit ich in der Bewegung stehe, also seit nunmehr 22 Jahren, nie etwas anderes getan als das Recht vertreten und mich bemüht, gemeinsam mit vielen anderen in der Partei diesen Rechtsgedanken durchzusetzen. Ich bin absoluter Optimist und habe allen Anlaß dazu, auch nach meinen persönlichen Besprechungen mit dem Führer, insbesondere nach meiner letzten Besprechung in München vor einigen Tagen, anzunehmen, daß die Entwicklung in unserem Sinne gehen wird. Es ist immer nur so: es schwingen in der Luft die großen gewaltigen Mächte der Weltordnung und warten darauf, daß sich ihrer die Verkörperer annehmen. Diese Idee des Rechts geleitete unser Volk durch die Jahrtausende. Die Gewalt siegt immer nur von Tag zu Tag, aber eines Tages versinkt sie im Nichts, wenn die wahre Kultur wieder ersteht.

Ich habe diesen Kampf nun 22 Jahre geführt. Manche sind vielleicht müde geworden. Wir haben ja keine Unterstützung gehabt, wir mußten uns aus dem Nichts aufbauen, wie Dr. Heuber richtig sagte. Sie haben immer treu zur Sache gestanden. Gerade das Gremium, das sich heute hier versammelt hat, kann für sich in vollem Umfange in Anspruch nehmen, daß es sich immer für die Aufgaben des N.S.R.B. eingesetzt hat. Und so glaube ich auch, daß der Sieg Adolf Hitlers auch der Sieg des deutschen Rechtslebens sein wird. Das Recht kann man nicht zum Handelsobjekt degradieren; man kann es nicht verkaufen; es ist da oder es ist nicht da. Das Recht ist keine Börsenware. Wenn das Recht nicht gestützt wird, dann verliert auch der Staat den moralischen Halt, dann sinkt er in den Abgrund der Nacht und des Grauens. Er ist seiner Gemeinschaft kein Glück mehr, sondern

H1624 – 0009

H1624 – 0010

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Frank Exhibit 14
April 23 Filed 1946

H-1624

Beweisstueck
Dr. Hans Frank

Nr. 14

H1624 - 0011

Frank Ex. 14

Filed April 23, 1946
HB Milley
Secy.